
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 19/3 (1992)

DOI: 10.11588/fr.1992.3.57602

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

l'ennemi, la fonction des images et leur origine dans la démonisation du régime républicain. Contrairement à d'autres études, notamment celle de Thomas Childers (*The Nazi Voter. The social Foundation of Fascism in Germany 1919–1933*, Chapel Hill/London, 1983) fondée sur l'analyse de tracts, cette analyse d'affiches conservées aux Archives fédérales de Coblenche et au Bayerisches Hauptstaatsarchiv de Munich – dont 87 sont reproduites dans l'ouvrage – donne une hiérarchisation fort différente de l'ennemi dans la propagande nazie avant l'arrivée du mouvement au pouvoir. Sur l'ensemble des affiches disponibles, un quart en effet visent le marxisme en général, la SPD en particulier. Si l'on ajoute celles dénonçant »le système des partis de novembre« (1918) on arrive à un total de 63,7%. Loin derrière suivent les attaques contre le catholicisme politique (8,1%), la KPD (4,8%) et un pourcentage identique pour »le Juif«.

Autre différence étayée par cette analyse: la majorité des affiches ne s'adresse pas aux classes moyennes dont les récentes études électorales ont montré la surévaluation dans l'adhésion au national-socialisme par rapport aux ouvriers, cible principale dans la phase de conquête du pouvoir. Cette stratégie s'explique par la nécessité d'apparaître, surtout durant les dernières années de la République, comme une alternative crédible à un régime présenté comme le fossoyeur de l'Allemagne avec, en contrepoint, l'accentuation du renouveau salvateur incarné dans la personne du Führer. C'est d'ailleurs davantage le mythe du Sauveur que la propagande nazie, qui aurait, selon l'auteur, motivé l'adhésion des électeurs dont la plupart, estime-t-il, n'auraient eu nul besoin d'être manipulés. Faute de moyens suffisants et de spécialistes expérimentés, l'appareil nazi de propagande n'était en rien avant 1933 cette machine perfectionnée que Goebbels décrit a posteriori. Bon nombre de ses méthodes étaient purement et simplement empruntées à la gauche. Ce qui lui permettait d'ailleurs d'apparaître comme un mouvement »socialiste révolutionnaire«, du moins jusqu'en 1932 lorsque cette identification s'avéra contre-productive pour gagner l'électorat bourgeois.

Malgré ces faiblesses, le pragmatisme de cette propagande, la diversité des moyens adaptés aux différentes régions et catégories sociales a permis à la NSDAP de donner l'image d'un mouvement dynamique sans atteindre cependant l'impact de la propagande d'Etat du III^e Reich, apparue dès mars 1933 avec l'afflux des moyens financiers et techniques au service du Parti. La terreur du système policier rapidement mis en place et l'éviction brutale de toute opposition firent le reste. Complété par une bibliographie, un index des matières et un des personnes citées, cet ouvrage bien présenté, d'une lecture aisée, comble une lacune dans la connaissance de la propagande nazie centrée essentiellement jusqu'à présent sur celle de l'ère Goebbels.

Rita R. THALMANN, Paris

Hermann WEBER, Klaus SCHÖNHOFEN und Klaus TENFELDE (Hg.), *Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert*. Begründet von Erich MATTHIAS, Bd. 4: *Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933*, bearbeitet von Peter JAHN unter Mitarbeit von Detlev BRUNNER, Köln (Bund) 1988, 1023 S.

Mit der Herausgabe des Quellenbandes zur Entwicklung in den letzten Jahren der Weimarer Republik konnte der erste Teil der Edition zur »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jh.«, der die Jahre 1914 und 1933 als Begrenzung hat, abgeschlossen werden. Was von den bisherigen vier Bänden – der Quellenband über die sogenannte Mittelphase der Weimarer Republik, die Jahre 1924 bis 1929/Anfang 1930, wurde in zwei Teile publiziert, gesagt wurde¹, kann hier nur wiederholt werden: Wir besitzen mit diesem Band jetzt eine sehr wertvolle Sammlung von Sitzungsprotokollen, offiziellen Verlautbarungen und

¹ Vgl. die Rezension in: *FRANCIA* 15 (1987) S. 1058–1060.

– in geringerem Maße – internen Stellungnahmen zur Tätigkeit des Dachverbandes der zur SPD tendierenden Arbeitergewerkschaften. Dieser nannte sich von 1919 bis 1933 »Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund« (ADGB), vorher »Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands«. Da es sich beim ADGB um den weitaus größten gewerkschaftlichen Dachverband während der Weimarer Republik handelte, ist die Bedeutung seiner Entwicklung und seiner Tätigkeit für die gesamtgewerkschaftliche Geschichte in diesem Zeitraum natürlich sehr groß. Doch würde man sich wünschen, wenn wenigstens aus zusätzlichen Untertiteln der Einzelbände die räumliche Begrenzung der Dokumentation hervorging.

In seiner Einleitung gibt Jahn einen guten Überblick der Entwicklung des ADGB in den letzten Jahren der Weimarer Republik, die von der Weltwirtschaftskrise und dem Aufstieg der republikfeindlichen Flügelparteien NSDAP und KPD geprägt waren. Beide Flügelparteien versuchten, durch »gewerkschaftliche« Initiativen und Organisationen den durch die Weltwirtschaftskrise ohnehin sehr geschwächten größten republikanischen gewerkschaftlichen Dachverband zu unterminieren. Das wird zwar erwähnt, aber nicht genauer analysiert. Etwas genauer werden die Versuche der verschiedenen Richtungsgewerkschaften behandelt, durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit zur Stabilisierung der Wirtschaft und der demokratischen Ordnung beizutragen. Dazu werden auch im Dokumententeil die wichtigsten gemeinsamen Verlautbarungen sowie Berichte über gemeinsame Beratungen abgedruckt.

Insgesamt werden in dem umfangreichen Band 213 Dokumenten in chronologischer Reihenfolge veröffentlicht. Im Mittelpunkt stehen wie in den vorhergehenden Bänden der Edition die Protokolle der Bundesausschußsitzungen, die bis zum Oktober 1932 in den sog. Restakten des ADGB erhalten geblieben sind. Für die letzten sieben Monate wurden die Berichte über die Bundesausschußsitzungen in der »Gewerkschafts-Zeitung« abgedruckt, die allerdings meist nur Zusammenfassungen der jeweiligen Reden des ADGB-Vorsitzenden Leipart bieten. Anders als in den früheren Bänden konnten für das erste Halbjahr 1931 und für das ganze Jahr 1932 mehrere erhalten gebliebene Protokolle von Bundesvorstandssitzungen mit abgedruckt werden. Um diese – zum größeren Teil wörtlich, teilweise in Regestenform – publizierten etwa 60 Protokolle bzw. Berichte werden zahlreiche andere Dokumente gruppiert: Verlautbarungen bzw. Protokollnotizen über Besprechungen mit Regierungsvertretern, mit den anderen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden, sowie mit der Spitze der SPD; Eingaben an die Regierung bzw. Stellungnahmen zu wichtigen politischen Ereignissen. Diese wurden zum Teil schon damals in der Presse oder in neueren Dokumentationen zur Geschichte der Weimarer Republik publiziert. Ihre Wiederveröffentlichung erscheint jedoch sinnvoll, da sie die bislang unveröffentlichten Protokolle der Bundesausschuß- und Bundesvorstandssitzungen ergänzen.

Etwas aus der Reihe fallen die letzten beiden Dokumente des Bandes. In einem Brief vom 13. Mai 1933 berichtet Michael Kayser, leitender Angestellter des Holzarbeiterverbandes in Berlin, dem Stuttgarter sozialdemokratischen Parteiführer Wilhelm Keil über die miterlebte Besetzung der Berliner Gewerkschaftshäuser am 2. Mai und seine anschließende mehrtägige Haft (S. 913–915). Es folgen Auszüge aus den Tagebuchaufzeichnungen des Spitzenfunktionärs des Baugewerksbundes Theodor Thomas, die dieser in der Zeit vom 4. April bis zum 27. Juni 1933, d. h. in den letzten Wochen seiner hauptamtlichen Tätigkeit als Gewerkschaftsfunktionär, verfaßte. Natürlich sind auch diese persönlichen Stellungnahmen aus Sorge vor einer Postzensur bzw. einer polizeilichen Beschlagnahme »geglättet« – das machen die Bearbeiter in ihren Anmerkungen deutlich –, doch geben diese genaueren Aufschluß über das Denken der von den Verfolgungsmaßnahmen betroffenen Gewerkschaftsfunktionäre als z. B. die abgedruckten Eingaben der Gewerkschaftsführung an Reichspräsident Paul von Hindenburg. Auch für andere wichtige Zäsuren der Gewerkschaftsgeschichte, zum Papenputsch vom Juli 1932 oder zur Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933, hätten solche mehr persönlichen Dokumente die Edition bereichern können. Sicher hat die vorgegebene Beschränkung auf einen Band eine Publizierung weiterer Briefe, Tagebuchaufzeichnungen

und ähnlicher Dokumente verhindert. Doch stellt sich die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, durch weitere Kürzungen beim Wiederabdruck bereits publizierter Dokumente, vor allem bei den Protokollen der gemeinsamen Sitzungen der Spitzen von ADGB und SPD, Platz für solche Ergänzungen zu schaffen.

Als Anlagen bietet der Band ein Teilnehmer- und Sprecherverzeichnis der 15 Bundesausschußsitzungen der Jahre 1930 bis 1932, von denen die Protokolle abgedruckt werden konnten, ein von Michael Ruck bearbeitetes Personenregister mit biographischen Daten (S. 952–990) und ein von Daniel Daul erstelltes Sach- und Ortsregister (S. 991–1023). Diese ergänzen die bewußt knapp gehaltenen Anmerkungen zu den einzelnen Dokumenten und machen den Band nicht nur für den Gewerkschaftshistoriker zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel. Sie geben ihm auch den Rang eines für die künftige Erforschung der politischen und sozialen Entwicklung Deutschlands am Ende der Weimarer Republik äußerst wichtigen Quellen- und Nachschlagewerkes.

Willy ALBRECHT, Sankt Augustin bei Bonn

Heinrich POTTHOFF, Freie Gewerkschaften 1918–1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf (Droste) 1987, 435 S. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 82).

Fast zur gleichen Zeit wie der letzte Band der Dokumentation zur Geschichte des ADGB erschien in der Reihe »Beiträge zur Geschichte der Parlamentarismus und der politischen Parteien« die Gesamtdarstellung über die Entwicklung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Heinrich Potthoff. Für seine Darstellung hat Potthoff die Form einer sachlich-systematischen Gliederung, nicht die einer Verlaufsgeschichte gewählt. Das verringert zwar die Gefahr, die Gewerkschaftsentwicklung als von der sozialen und politischen Entwicklung völlig abhängig erscheinen zu lassen. Für den eiligen Leser, der die Arbeit als Nachschlagewerk benutzen will, hat dieses Gliederungsschema den Nachteil, daß er, wenn er sich schnell über das Verhalten des ADGB bei bestimmten politischen Ereignissen, z. B. beim Kapp-Putsch, informieren will, in verschiedenen Kapiteln des Buches nachlesen muß. Das ausgezeichnete Personen- und Sachregister – im erwähnten Beispiel das Schlagwort »Kapp-Lüttwitz-Putsch« – gleicht dieses Erschwernis allerdings weitgehend aus.

Das erste Hauptkapitel widmet der Verfasser der Organisations- und Mitgliederstruktur des ADGB (S. 25–79). Dazu bietet er als Anhang die »Satzung des ADGB« in einer Synopse der Fassungen von 1919, 1922, 1925 und 1928 (S. 316–347) sowie zahlreiche Tabellen zur Mitgliederentwicklung sowohl des Gesamtverbandes wie auch der einzelnen Bezirke und der mehr als 50 Einzelorganisationen, deren Mitgliederzahlen 1920 zwischen 1,6 Millionen (Metallarbeiter) und 3000 (Schornsteinfeger) lagen. Im zweiten Hauptkapitel behandelt Potthoff das »primäre« Tätigkeitsfeld – »Arbeitsmarkt, Lohn und soziale Sicherheit« (S. 80–151), im dritten »gesellschaftspolitische Leitbilder und Transformationsansätze« (S. 152–192), im vierten das »parteilpolitische Umfeld« (S. 193–237) und im fünften die »Gewerkschaften im politischen System« (S. 238–305).

Seine zusammenfassende Schlußbetrachtung stellt Potthoff unter die Fragestellung »Autonome Gewerkschaftsmacht oder ›Verstaatlichung‹ (bei P. in Anführungsstrichen) der Interessen?« (S. 306–314). Er kommt darin zu dem Ergebnis, daß der ADGB und die anderen Gewerkschaften im Laufe der Weimarer Republik immer mehr an »autonomer Gewerkschaftsmacht« verloren, weil sie zu sehr auf etatistische Lösungsversuche der sozialen Frage vertrauten. Diejenigen Gewerkschaftsführer, die mehr auf die gesellschaftliche Macht der Gewerkschaften bauten, hätten keinen Einfluß mehr ausgeübt. So sei der beklagenswerte Anbiederungsversuch der ADGB-Führung an die nationalsozialistische Staatsführung im Frühjahr 1933 fast unausweichlich gewesen. Wie jede Engführung der geschichtlichen Ent-